

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

273 (21.6.1920) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land. **Reaktion**
Telef. Nr. 309 u. 319
Weltweit größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.
Beilagen: Sportblatt * Landwirtschaft und Gartenbau * Modeblatt * Volk und Heimat.

Eincentum und Verlaa von
Kerh. Thiergarten.
Verantwortlich für Inhalt: Volkmann
u. Neumann; Anst. Rudolfh. bad.
Post- u. Fernschreibb. bad. Chronik
u. Sport; A. Weberbauer für den
Anstalten-Teil; A. Winterwacker
alle in Karlsruhe.
Berliner Vertretung: Berlin W. 10.

Ständige Auflage
50000 Exemplare.

Geschäftsstelle:
Kaiser- und Sammlerstraße, nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359

Nr. 273.

Karlsruhe, Montag den 21. Juni 1920.

36. Jahrgang.

Neuzeit vom Tage.

In der Frage der Regierungsbildung ist noch keine Entscheidung gefallen. Sie wird jedoch heute erwartet.

Lloyd George und Millerand hatten in aller Eile eine neue Konferenz in Sythie anberaumt, bei derjenigen von Boulogne vorausgesetzt. Die gefassten Beschlüsse richteten sich hauptsächlich gegen Deutschland.

Der Boykott gegen Ungarn hat in der Nacht von Samstag auf Sonntag begonnen.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Prinz von Schönau-Carolath ist im 68. Lebensjahre gestorben.

Ein Weckruf an das deutsche Gemeinschaftsgefühl.

E. Berlin, 20. Juni. Die Grenzspende, deren hoffentlich reichlicher Ertrag dazu dienen soll, deutsches Land und seine deutschen Bewohner vor dem entscheidenden Schicksal einer brutalen Fremdherrschaft zu bewahren, mußte, wenn anders wir noch ein Herz für die schweren Nöte unserer Eltern, Brüder und Schwestern in den von unerträglichen, ländergeringigen Feinden bedrohten Grenzgebieten haben, unserem ganzen Volke recht eindringlich die tröstliche Gewißheit vor Augen führen, daß bei uns das völlige Gemeinschaftsgefühl noch keineswegs erloschen, sondern gerade durch unser nationales Unvermögen verstärkt und vertieft worden ist. Noch immer im Bewußtsein unserer unvergleichlich wechselvollen Geschichte, die uns bald auf die höchsten Höhen, bald in die tiefsten Niederungen führte, hat die äußerste Not gleichzeitig unsere besten Eigenschaften zu wirksamer Betätigung ans Licht gelockt. So jämer und verhängnisvoll in ihrer Auswirkung auch manchmal die politischen Fehler gewesen sein mögen, die wir hinterher uns selbst am nachdrücklichsten vorzuwerfen pflegen, jene in ihrer Unverwundlichkeit aus Wunderbare grenzende Fähigkeit der Regeneration hat uns bis jetzt noch immer vor dem unheilvollsten, dem endgültigen Untergang zu bewahren gewußt.

Wenn jemals das alles in seinen Bann zwingende Aufkommen des deutschen Gemeinschaftsgefühls notwendig war, so im gegenwärtigen Augenblick, der unser Volk einer Katastrophe gegenüber gestellt sieht, wie wir sie gleich schicksalsschwerer noch niemals erlebt haben. Und mit stolzer Freude dürfen wir feststellen, daß tatsächlich auch der Drang nach Zusammenfluß lebendig geworden ist wie nie zuvor. Man wende doch nur, um ein besonders in die Augen springendes Beispiel herauszugreifen, einen Blick auf unsere österrheinischen Brüder, in denen die allgewaltig hervorbrechende Sehnsucht nach der unheilvollen Wiedervereinigung mit dem alten Mutterlande den, man darf wohl sagen, ausichtsreichen Kampf auch mit den stärksten Hindernissen aufgenommen hat, die mühsamsten Reiter vor dem Ziele aufzutürmen sich bemühen. Doch auch im eigenen Lande hat das Wiedererwachen des völkischen Gemeinschaftsgefühls bereits dankenswerte Früchte gezeitigt. Dank der schönen Opferwilligkeit, die man in allen deutschen Stämmen der Grenzspende entgegengebracht, war es möglich, zehntausende nach Schleswig zu schicken, um dort in der Nachbarschaft durch die Beteiligung an der Abstimmung zu retten, was überhaupt noch zu retten war.

Doch größere Aufgaben hatten noch der Lösung: In nahen Zukunft steht im Kreise Malmédy und Cuxen, in weiten Gebieten Ostpreußens und namentlich auch für West- und Ostpreußen die Entscheidung bevor, ob diese Gebiete deutsch bleiben oder unter die Herrschaft fremder Stämme und Regierungen geraten sollen, die von uns und nachdrücklich gegen alles erfüllt sind, was deutsch heißt. Es handelt sich darum, ob jeder dort geborene Deutsche an dem Tage der Abstimmung zur Stätte seiner Kindheit zurückkehren und seinen Willen zur Geltung bringt; es handelt sich darum, ob die im deutschen Reich verstreut wohnenden Landsleute der deutschen Grenzgebieten in ihre bedrohte Heimat geführt werden können. Die Entscheidung gerade in Ost- und Westpreußen muß besonders herbegehoben werden, weil für diese weiten, herrlichen, für unsere Lebensnahrung ganz unentbehrlichen Gebiete nicht nur zehntausende, sondern hunderttausende in Frage kommen, die in den nächsten Tagen heimwärts eilen möchten, um ihre heiliggeliebte Heimat, ihre Angehörigen den gierig ausgestreckten Händen der Polen zu entreißen. Um aber auch diesen hunderttausenden von Stimmberechtigten den Weg zur Erfüllung ihrer heiligsten Pflicht zu ebnen, dazu müssen der Grenzspende die erforderlichen Geldmittel in reichlichem Maße zugewendet werden.

Was dem wünschenswertesten Zufall der Gelder am meisten im Wege steht, ist durchaus nicht etwa grundsätzliche Abneigung gegen den Zweck der Spende, als vielmehr ein schon so oft dem Allgemeininteresse verhängnisvoll gewordenen Erbhabens deutscher Eigenart, unter Umständen gar zu lässig und kurzfristig mit den „gegebenen Umständen“ abzufinden. Grundsätzliche Abneigung kann schon um so weniger in Frage kommen, als es sich in diesem dringenden Falle unter keinen Umständen um eine Parteisache handelt, der gegenüber man unterschiedliche Standpunkte einnehmen könnte. Nein, es geht hier um das Wohl der Deutschen ohne Ausnahme am Herzen liegende Schicksal eines Stückes Heimat unseres deutschen Volkes auf dem Spiel. Jeder Bewohner sich jetzt zur Abstimmung rufen müssen, und die Entscheidung schwebt nach dem Reiche, zu uns allen, herüberzuschauen. Und es sollte für uns alle eine ernst genommene Ehrensache, eine Sache des deutschen Volkes im allgemeinen sein, diese Sehnsucht nicht ungenügend zu stillen. Auch davon kann keine Rede sein, daß die Geldmittel für einen solchen Zweck momentan fehlen. Denn das deutsche Reich hat ein solches Geld, das für allzuvielen gegenwärtig keinen Wert zu setzen scheint, sollte für einen Zweck in überreicher Fülle zur Verfügung stehen, das unserem Volk unersehliche Werte bewahren soll. Deutsches Land soll uns durch dieses Geld erhalten werden, aus dem Kohle, Eisen, Milch, Brot und Kartoffeln und unieren hungern und frieren den Volksgenossen holen können! Darum sollte jeder seinen Können und Vermögen beisteuern zu dem Rostschloß des deutschen Volkes, der jedem Abstimmungsberechtigten die Reise in die gefährdeten Grenzlande ermöglichen soll.

Königsberg, 19. Juni. Wie die Eisenbahndirektion Königsberg mitteilt, ist vor dem 1. Juli mit einer Aenderung

des jetzigen Durchgangsverkehrs bei den D-Zügen nicht zu rechnen.

Die Reichsregierung noch nicht gebildet.

Berlin, 20. Juni. Die Morgenblätter sind ziemlich einig, daß mit dem Zustandekommen des Blockes der Mitte noch nicht endgültig gerechnet werden könne. Man müsse noch das weitere Ergebnis der demokratischen Beratungen und den Beschluß der Sozialdemokratie am Dienstag abwarten, ob nämlich diese der neuen Koalition für alle Fälle wohlwollende Neutralität zuzugewende.

Dem „Volkswacht“ zufolge wird auch in demokratischen Kreisen betont, daß es nicht angehe, daß die Sozialdemokraten bei Abstimmungen im Reichstag von Fall zu Fall entscheiden. Die „Germania“ sagt: „Nach Feststellung der grundsätzlichen Bereitwilligkeit der drei beteiligten Parteien bleibt noch die Verständigung über das Regierungsprogramm übrig. Sie scheint nur eine Frage der richtigen Formulierung zu sein, damit die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit für den Wiederaufbau des Vaterlandes zwischen den drei Parteien verwirklicht werden könne.“

Die demokratische Fraktion.

Berlin, 19. Juni. Die demokratische Reichstagsfraktion hat auf Grund von neuen Verhandlungen zwischen dem Reichsanwalt in Aussicht genommenen Präsidenten Fehrenbach und dem Fraktionsführer Peterseits ihre Beratungen fortgesetzt. Ebenso wie in den vorhergehenden Sitzungen wurde auch in dieser als erste Voraussetzung des Eintritts in die neue Regierung gefordert, daß ihre Tätigkeit sich auf dem Boden der verfassungsmäßigen, republikanischen Staatsform aufbaue. Die weitere Ausdrucksform war vertauscht.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 21. Juni. (Brigattel.) Die Deutsche Volkspartei hat dem Präsidenten Fehrenbach eine neue Formulierung der wichtigsten Sätze des Regierungsprogramms überreicht, die sich noch enger an die bekannten Forderungen der demokratischen Partei anlehnen. Insbesondere entspricht diese Formulierung den Voraussetzungen, die von den Demokraten als unerlässlich für ein Mitwirken an der Regierung bezeichnet worden sind, nämlich das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zur republikanischen Staatsform. Die Kabinettsbildung ist daher mit Bestimmtheit am heutigen Tage zu erwarten. Am Sonntag haben aufgrund einer Vereinbarung aller Beteiligten keine Verhandlungen stattgefunden.

Im Zeichen der Konferenzen.

Eine neue Konferenz in Sythie.

London, 19. Juni. (Neuter.) Die Vertreter Frankreichs für die Konferenz mit Lloyd George in Sythie sind gestern nachmittag in Folkestone eingetroffen. Lloyd George wird von Vertretern des Kriegsamt und des Schatzamtes begleitet sein.

Paris, 20. Juni. Nach einer Londoner Meldung der „Information“ erklärt sich die Richtigkeit, daß der die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand in Sythie festgesetzt wurde, aus den türkischen Angelegenheiten. Es werde hauptsächlich von der Lage in Kleinasien die Rede sein, die seit einigen Tagen eine unangenehme Wendung genommen habe.

London, 21. Juni. Nach der Konferenz in Sythie am gestrigen Nachmittag wurde folgende Mitteilung ausgegeben: „Die französische Regierung stimmt der Ansicht der britischen Regierung bezüglich der bedauerlichen Langsamkeit zu, mit der die deutsche Regierung die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Abrüstung ausführt. Die beiden Regierungen haben gemäß einer gemeinsamen Übereinkunft beschlossen, der internationalen Konferenz von Boulogne zur Ermüdung zu geben, dem militärischen Rat Beizungen zu erteilen und Vorschläge zu machen hinsichtlich einer beschleunigten Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich auf die deutsche Abrüstung der Mannschaftebestände und des Kriegsmaterials beziehen.“

Gestern abend wurde in Sythie folgende Mitteilung ausgegeben: „Heute nachmittag wurden in Sythie verschiedene Fragen, besonders auch diejenigen der Wiedergutmachung beraten. Die Fortsetzung der Besprechungen wurde der in Boulogne heute beginnenden Konferenz vorbehalten.“

Die Konferenz in Boulogne.

Paris, 19. Juni. (Agence Havas.) Auf der Tagesordnung der Interalliierten Konferenz von Boulogne für Mer steht neben der Frage der Wiedergutmachungssumme auch die Frage der deutschen Abrüstung. Es scheint, daß zwischen den Alliierten eine Einigung zustande gekommen ist.

Amsterdam, 19. Juni. Aus London wird gemeldet, die für Montag angelegte Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand in Boulogne habe sich nunmehr zu einer wichtigen Konferenz des Obersten Rates entwickelt und werde bezüglich des Umfangs der zu behandelnden Gegenstände viel weiter gehen als ursprünglich geplant war. Die Zusammenkunft in Sythie diene einer vorbereitenden Besprechung.

„Daily News“ schreiben: „Auf der Tagesordnung von Boulogne werden außer der deutschen Entschädigungsfrage noch die türkische, die orientalische und die russische Frage stehen.“ Das Blatt fügt hinzu, man dürfe erwarten, daß Lloyd George sich mit allen Kräften bemühen werde, den Obersten Rat zu veranlassen, bezüglich Auslands mit gegebenen Tatsachen zu rechnen.

Paris, 20. Juni. Millerand traf heute vormittag in Folkestone ein, um von dort am Montag mit Lloyd George nach Boulogne zurückzufahren. Die erste offizielle Konferenz in Folkestone wird für heute erwartet. Sabas-Mittag, daß es sich bei der Besprechung in Folkestone hauptsächlich um finanzielle Fragen handeln wird, namentlich um die Entschädigungs- und

Wiedergutmachungsfragen, aber auch die russische Frage werde erörtert werden. Wenn eine Übereinstimmung auf der Grundlage des Projekts mit dem übrigens die französischen wie die englischen Sachverständigen sehr zufrieden seien, in Folkestone und Boulogne erzielt würde, wäre das ein großer Fortschritt in der Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen in einem für Frankreich, England und Belgien sowie auch Italien, das durch die Annahme des Vorschlages Frankreich und England entgegenkommen würde, einträglichem Sinne bedeuten. Der wichtigste Punkt sei, daß das finanzielle Projekt ohne Rücksicht auf politische und namentlich innerpolitische Erwägungen angenommen werde. Die russische Frage sei weniger gut vorbereitet.

Sowohl von französischer wie auch von englischer Seite werde angegeben, daß man auf diesem Gebiet nicht weiterkomme. Man sei überzeugt, daß Paris nichts bieten könne und seinen Außenhalt auszubehalten trachte, um zu sehen, wie sich die Sache gestaltet, während die Sowjetregierung ihre Operationen im Orient fortsetze, die für die englische Politik sehr kompromittierend seien. England werde jedenfalls durch seine Haltung den Abschluß eines Übereinkommens mit Frankreich und den übrigen Verbündeten hinsichtlich der auswärtigen Politik erleichtern. Die Tatsache, daß Marshall noch auf Ansuchen Lloyd Georges an den Besprechungen teilnimmt, deute an, daß England die militärische Frage aufrollen wolle.

Paris, 19. Juni. (Havas.) Einer Neuter-Meldung zufolge wird Benzelos an der Konferenz von Boulogne für Mer teilnehmen.

Paris, 19. Juni. Laut „Echo de Paris“ wird die Beratung der Konferenz von Spa wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland gemeldet. Als nächster Termin gilt nunmehr der 15. Juli. Zu der Konferenz von Boulogne berichtet der „Main“, man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100000 Mann zu beschränken.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 20. Juni. Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie hat Entscheidungen festgelegt über die Frage der Entwaffnung Deutschlands. Diese Entscheidungen entsprechen denen des interalliierten militärischen Komitees und werden dem Regierungschefs, die in Boulogne versammelt sind, mitgeteilt. Zu dieser offiziellen Mitteilung bemerkt der „Temps“, daß die Sitzung nur von kurzer Dauer gewesen sei, da die Mitglieder des Botschafterrates im Besitze von Instruktionen ihrer Regierungen gewesen seien. Ob zwar die Entscheidungen des Obersten Rates nicht veröffentlicht wurden, glaubt der „Temps“ zu wissen, daß das deutsche Heer innerhalb der festgesetzten Zeit, also bis zum 10. Juli, auf 100000 Mann zu rückgeführt werden müsse. Im Falle die deutsche Armee von 100000 Mann nicht genügen werde, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten, müsse zur Schaffung regionaler Polizeitruppen geschritten werden. Die nächste Sitzung des Botschafterrates findet kommenden Samstag statt.

Der Boykott gegen Ungarn.

Der Beginn des Boykotts.

Wien, 19. Juni. Der Boykott gegen Ungarn hat nach Blättermeldungen heute Nacht begonnen. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Der Boykott stellt den ersten Versuch dar gewerkschaftlicher Kampfmittel im Dienste einer internationalen politischen Aktion.“ Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: „Die Boykottierung eines Staats auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch niemals dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Das ist eine Zerstörung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist.“

Wien, 20. Juni. Die Korrespondenz Herzog meldet, daß seit Mitternacht der Boykott auf den Bahnen (mit Ausnahme des Personenverkehrs) und des Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs in Kraft ist. Wie verlautet, wurden die Telegraphenleitungen an der Grenze unbrauchbar gemacht. Eine einzige Leitung dient nur dem internationalen interurbanen Telegraphenverkehr, der Regierung und den diplomatischen Vertretungen und Missionen. An Telegrammen gehen nur Staatsdepechen, resp. diplomatische Korrespondenzen und Transitdepechen. Der ungarische Gesandte in Wien, Dr. Gratz, bepricht in Budapest die Boykottfrage.

Die Abwehr.

Budapest, 19. Juni. Ungarische Corr.-Büro. Der Landesverband der Christlich Sozialen Eisenbahner hat beschlossen, infolge der Durchführung des Amsterdamer Boykottbeschlusses, die Lebensmittelsendungen nach Oesterreich und den übrigen Nachbarstaaten aufzuhalten.

Budapest, 20. Juni. Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist, wie das ungarische Korrespondenzbüro erzählt, der daß die ungarische Regierung gegen alle Staaten, welche die Blockade tatsächlich durchführen, von ihrem vollen Rechte, Repressalien zu ererassen, Gebrauch machen und dieselben Maßnahmen durchführen wird, welche gegen Ungarn in den betreffenden Staaten tatsächlich durchgeführt werden.

Wien, 19. Juni. Eine Obmannschaft der Wiener Bezirksräte der Christlich-Sozialen Partei stellte bezüglich des Boykotts fest, daß dieser eine schwere Schädigung der Ernährungslage Wiens, sowie der österreichischen Produktionslage bedeute und bedauert, daß die österreichische Regierung dieser Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse eines anderen Staates tatenlos gegenüberstehe.

Wien, 19. Juni. Dem „Volkswacht“ zufolge beschlossen die Vertrauensmänner der sozialistischen Postbeamten-gewerkschaft, entsprechend der sozialpolitischen Gruppe der christlichen Postbeamten, mit allen erlaubten Mitteln den Boykott gegen Ungarn zu verhindern.

Die Stimmung in Wien.

Wien, 19. Juni. Der anscheinend unabwendbare Boykott gegen Ungarn ruft in der Bevölkerung Wiens wegen der großen Wirkung auf Oesterreich lebhafteste Erregung hervor. Die sich in den Anzeigen der Blätter wieder spiegelt. Besonders die christlich-sozialen Blätter geben ihrer Befürchtung in der schärfsten Form Ausdruck. Sie melden, daß der Gewerkschaftsbund der nichtsozial-

frühen Post-, Telephon- und Fernsprech-Angeklagten beschloffen haben, dem vom internationalen sozialistischen Gewerkschaftsbund beschlossenen Boykott gegen Ungarn nicht anzuerkennen.

Nach der Friedensunterzeichnung. Ein internationales Clearing-Haus.

W.B. Kopenhagen, 19. Juni. Unter dem Namen „Internationales Clearing Haus“ ist hier eine Gesellschaft gegründet worden, deren Aktienkapital vorläufig auf 2 Millionen Kr. festgelegt und zu gleichen Teilen in englischen und dänischen Pfund ist. Die Gesellschaft hat den Zweck, die Beziehungen zur Wirtschaft der beiden Länder zu unterstützen. Von den russischen europäischen Ländern zu unterstützen. Von den russischen europäischen Ländern zu unterstützen.

Amerika und der Friede.

W.B. Rotterdam, 19. Juni. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „New York World“ sagte Präsident Wilson, die republikanische, nicht die demokratische Partei sei verantwortlich für die Folgen, die seit der Richtstrafung des Versailler Friedensvertrages und der Vorkriegsbedingungen durch den Senat entstanden seien. Die liberale Mehrheit der demokratischen Abgeordneten werde die Verantwortung erkennen, daß Amerika sein der übrigen Welt gegebenes Wort halte.

W.B. Amsterdam, 19. Juni. (Reuter.) Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding hat die Wilsonsche Herausforderung, den Friedensvertrag der Bestimmung des amerikanischen Volkes zu unterwerfen, angenommen. Er sagt, es sei sicher, daß die Haltung der Republikaner in der Frage der auswärtigen Beziehungen Amerikas von der überwiegenden Mehrheit des Volkes unterstützt werde.

Aus den Abstimmungs-Gebieten.

Aus Schleswig.

W.B. Berlin, 19. Juni. Nachdem die bisherigen erste Zone des schleswig-holsteinischen Gebietes Dänemark zugewiesen haben, unterliegt die Aus- und Einfuhr über die deutsche Grenze den deutschen Ein- und Ausfuhrverboten. Für eine bis zum 30. Juni festgelegte Uebergangszeit jedoch gelten noch die vom Volkswirtschaftsrat in Flensburg ausgesetzten Aus- und Einfuhrschemen und die von der Demobilisationskommission in Schleswig erteilten Zulassungsbefreiungen als ordnungsmäßige Aus- und Einfuhrbewilligungen.

Die Lage im Osten.

Die polnische Regierungstrife.

W.B. Warschau, 19. Juni. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Jan Pepski hat den Auftrag zur Bildung des Kabinetts erhalten.

Die Finanzen der Tschechoslowakei.

W.B. Prag, 19. Juni. Anlässlich der gestern im Postministerium abgehaltenen Konferenz wurde bekanntgegeben, daß die Postverwaltung zwecks Deckung des Defizits von 300 Millionen Kronen gezwungen sei, ab 1. September die Post- und Telefontarife um rund 100 Prozent zu erhöhen.

Georgien und Sowjetrußland.

W.B. Amsterdam, 19. Juni. Reuter erfährt, daß zwischen der Republik Georgien und den Bolschewisten am 12. Juni der Friede mit Wirkung vom 3. Mai abgeschlossen wurde.

Balkan und Kleinasien.

Zum Vorgehen der türkischen Nationalisten.

W.B. Paris, 20. Juni. Das von London: „Sun“ berichtet, das englische Kabinett habe die Vorschläge Fenzelos angenommen, griechische Truppen zur Vertreibung der türkischen und indischen Truppen in die Zone der Meerengen von Konstantinopel zu entsenden. Eine Konstantinopeler Depesche des „Westminster“ vom 19. Juni berichtet, die Nationalisten seien in die amerikanischen Ambassaden, die sich dort befinden, eingeschlichen und hätten einige Briefschaften, die sich dort befinden, beschlagnahmt. Die englischen Kriegsschiffe seien das Bombardement gegen die Nationalisten fort. Die englischen Truppen nähmen jetzt eine Stellung nördlich von Smid ein.

W.B. London, 19. Juni. „Daily Telegraph“ meldet die zwei englischen Bataillone, von denen eins in Malta, das andere in Saloniki steht, haben den Befehl erhalten, nach Konstantinopel abzugehen.

W.B. London, 19. Juni. Reuter erfährt: Außer den Gefechten in der Gegend von Mossul ist es auch am oberen Euphrat zu schweren Kämpfen gekommen. Die Araber haben sich infolge der Entsendung einer Streifkolonne zurückgezogen. Die Streifkolonne ist an ihre Ausgangsstation zurückgekehrt, nachdem sie ihre Strafmaßnahmen durchgeführt habe.

W.B. Paris, 19. Juni. Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat gestern den Direktor der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen Partillon über die Abkommen und Verhandlungen zwischen der englischen und der französischen Regierung wegen Kleinasien vernommen. Laut „Matin“ erklärte Vertillon, man könne diesen Verhandlungen nicht den Wert von abgeschlossenen Verhandlungen beimessen, denn die englische Regierung habe niemals auf die Notizen geantwortet, in denen die französische Regierung ihre Ansichten ausgesprochen habe.

Das Geheimnis des Schränkchens.

Roman von Burton E. Stevenson.

(99. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Godfrey streifte die Hemdärmel zurück und stellte seine Taschenlaternen neben das Schränkchen auf den Boden. Dann blieb er mit gekreuzten Armen stehen, um dieses Meisterwerk Boules zu betrachten.

„Es ist wirklich ein wundervolles Stück“, sagte er schließlich. Dann zog er die kleinen Schiebläden heraus, eine nach der anderen, besah sie genau und legte sie vorsichtig auf einen Stuhl. „Und nun“, fügte er hinzu, „wollen wir sehen, ob sich irgendwo ein Raum findet, der sich nicht von außen erklären läßt.“

Er zog aus der Tasche einen Meßstab und begann, eine ganze Reihe von Messungen anzustellen. Er war in diese Arbeit so vertieft, daß wohl eine halbe Stunde lang kein Wort zwischen uns gewechselt wurde. Dann zog er einen anderen Stuhl heran und setzte sich neben mich.

„Dem Schränkchen ist nicht leicht beizukommen“, sagte er, „weil es so genau gemacht ist.“ Diese drei kleinen Schiebläden nahmen nur einen kleinen Teil des Raumes ein. Dann scheint die Rückseite des Schränkchens leer zu sein — wenigstens bleibt ein Raum von wenigstens einer Handbreite, über den ich keinen Aufschluß finden kann. Das reicht für ein Duzend Geheimnisse, wenn die Montespans so viele zu haben wünschte. Jetzt aber heißt es, den Mechanismus finden!

Er zog sorgfältig den Stahlhandschuh über die Rechte und setzte sich vor dem Schränkchen auf den Boden. „Ich will unten beginnen“, sagte er. „Wenn du irgend einen Fied bemerkst, den ich vergessen sollte, so sage es mir!“

Er strich mit den Fingern über die glänzenden Ränder des Schränkchens und tastete jede Unebenheit der seinen Bronzeverzierungen sorgfältig ab. Besonders verweilte er bei jeder Erhöhung und vertiefte, die nach irgend einer Richtung zu verschoben. Aber sie erz

Die Geschehnisse im Reich.

Das Endergebnis der Reichstagswahlen.

U. Berlin, 19. Juni. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht nunmehr das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 017 500 Stimmen abgegeben. Die 468 Abgeordneten verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 112 (5 040 456 Stimmen), Zentrumspartei 68 (3 540 830 Stimmen), Demokraten 45 (2 202 334 Stimmen), Deutschnationale 66 (3 336 778 Stimmen), Deutsche Volkspartei 62 (3 606 316 Stimmen), Unabhängige 81 (4 895 317 Stimmen), Kommunisten 2 (441 995 Stimmen), Bayer. Bauernbund 4 (218 480 Stimmen), Deutsch-Sonntags 5 (319 100 Stimmen), Bayer. Volkspartei 21 (1 236 941 Stimmen).

Der Schluß der Reichstagskollaboration.

W.B. Berlin, 19. Juni. Die Reichstagskollaboration wurde heute geschlossen. In einer Schlußansprache wies Reichsminister Dr. Koch darauf hin, daß der Kontrakt mancherlei abgedruckt habe, das jetzt noch Samenorn ist und später aufgehen werde. Er glaube, daß der Kontrakt im Sinne der Verhältnismäßigkeit und des wirtschaftlichen Wohls der Nation zu sein werde. Der Reichstagspräsident wurde zum Reichstagspräsident ernannt. Es wurde nicht sein, daß ein Reichstagspräsident gewählt werde. Vor dem Minister hatte der Herr. Generalleutnant Prof. Hartmann der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der unvollständige Zustand, auf den deutscher Stamm von der Mutterlande abgetrennt werde, bald aufgehört werde.

Rein preussischer Staatspräsident und keine Erste Kammer.

— Berlin, 20. Juni. Der Verfassungsausschuss der preussischen Landesversammlung hat bei der Abstimmung die Schaffung eines besonderen Staatspräsidenten gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt, ebenso die Schaffung einer Ersten Kammer und die Hinzuziehung berufsständischer Vertreter oder der Inhaber hoher Staatsämter zum Staatsrat. Hingegen wurde grundsätzlich der Staatsratspräsident mit erweiterten Befugnissen im Sinne der Anregungen des Abg. Dr. Lauffer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen beschlossen. Die Sozialdemokraten stimmten danach auch gegen den ganzen Staatsrat, der mit der gleichen Mehrheit aller bürgerlichen Parteien grundsätzlich angenommen wurde. Die Formulierung der einzelnen Verfassungsbestimmungen hierüber wird ein Untersuchungsausschuss arbeiten.

Die Marburger Zeitfreiwilligen freigegeben.

— Marburg, 19. Juni. In der Kriegsgerichtsverhandlung gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen der Ermordung der Thaler Gefangenen wurde heute mittags das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden freigegeben. Die sogenannten Thaler Gefangenen waren Angehörige der Roten Garde in Thüringen, die in einigen Ortschaften plünderten und dann gefangen gekommen wurden. Trotz der Warnung, keinen Ausbruch zu wagen, haben sie und wurden dabei von Zeitfreiwilligen erschossen. Die Angeklagten gaben an, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, die Gefangenen zu töten. Sie hätten beim Schießen immer absichtlich getroffen. Die Angeklagten waren immer noch ein Stück hinter den Richtungshebeln geblieben und hätten erst dann geschossen. Bald seien die Leute dort, bald hinten ausstritten, alle Bemühungen, sie zur Deckung zu bringen, seien erfolglos gewesen.

Prinz v. Schönau-Carolath.

W.B. Berlin, 20. Juni. Nach längerem Leiden entschliesst der langjährige frühere Reichstagsabgeordnete Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath im Alter von 68 Jahren. Die Beisetzungsfeier findet in Amth bei Guben statt.

Ein Mann wie Heinrich Prinz zu Schönau-Carolath, der, obwohl Sozialist, nicht nur im Parlament sich eifrig betätigt hat, sondern der weit darüber hinaus an allem regen und fördernden Anteil nahm, was man recht eigentlich „modernes“ Leben nennt, ist immerhin eine Ausnahmefigur.

Seine Anfänge im öffentlichen Leben war unterschieden sich in nichts von denen seiner meisten anderen Standesgenossen. Er besuchte die Ritterakademie, trat 1870 in die Armee ein, war ein paar Jahre lang Husarenoffizier, studierte in Bonn und wurde dann, kaum 25 Jahre alt, im Jahre 1877 Landrat des Kreises Guben in der Lausitz, der die Carolath'schen entkamen, in dem Kreise, in dem er selbst geboren war und in dem er heute noch ansässig ist. Im Jahre 1881 wählten ihn die Kreise Guben und Lübben in den Reichstag und er schloß sich hier der Reichspartei an, der die Hohenzollern, Rathor, Plek und auch das Haupt der Familie Carolath angehörten, die die Partei der Standesherren war. Zunächst bewegte sich der prinzipielle Volkswirtschafters Wirksamkeit auch in den Bahnen, die ihm Stand und Partei wiesen. Das er wiederholt für die schlecht bezahlten und die schlecht ausgerüsteten Unterbeamten der Post, vor allem der Landbriefträger, eintrat, daß seine Jungferntreue der Erhaltung eines durch die Anlage des Tegeleer Schießplatzes bedrohten botanischen Gartens galt, bewies wohl, daß der junge Abgeordnete für kulturelle und soziale Fragen besonderes Interesse hegte.

Es ist kein eigentümliches Zusammentreffen, wenn auch kein reiner Zufall, daß der Prinz als selbständige politische Persönlichkeit erst an dem Tage hervortrat, an dem der Kartelltag zum letzten Male verammelt war und ebenfalls zum letzten Male der deutsche Reichstag im Zeichen des Fürsten Bismarck stand. Mit demselben Akt hat der Prinz über nicht am letzten Sitzungstage das Wort ergriffen, um seine Trennung von seinen bisherigen politischen Freunden aller Welt zu offenbaren. Aber es war doch kein bloßer Zufall, daß diese Trennung gerade in diesen Tagen sich auch äußerlich fundgab — innerlich war sie sicher schon längst eingetreten. Die Winter-

monate 1889/90 bedeuten für Deutschland nun einmal eine kritische Zeit erster Ordnung. Die soziale Frage nahm erst damals so recht die Geister gefangen; Die Literatur, die das Hinterhaus und die Dachstube entdeckt hatte, kämpfte sich um diese Zeit zum Siege durch. Es gehörte auf einmal gleichsam zum „guten Ton“ sozial zu sein, wenn nicht gar Sozialist. Es wäre nun verfehlt, den Prinzen zu Schönau-Carolath als einen Vertreter dieses Gefühlsozialismus, der recht oft sich als Strohfeuer erwie, anzusehen. Als er am 25. Januar 1890 zur dritten Beratung der Verlängerung des Sozialistengesetzes das Wort nahm, da hat er zunächst sehr energisch Abwehr gehalten mit der sozialdemokratischen Beharheit und er hat ausdrücklich sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie bereit erklärt. Wenn ihn aber dann dazu trieb, seine von dem Standpunkt der Regierung abweichende Meinung vorzutragen, das war die Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit der politischen Mittel.

Er kannte wohl die damalige deutsche gemächliche Art, alles der Polizei zu überlassen und sich selbst die „Nachtmühle übers Ohr zu schlagen“, und wenn er auch damals eine allzu idealistische Meinung hatte von der Bedeutung einer freien Diskussion zwischen Bürgern und Sozialdemokraten in den Versammlungen der Genossenschaften und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfahl, so ist doch sein Programm: Verbindung und Anwendung geistiger und politischer Mittel wenigstens in der Theorie bei allen Kämpfen wider die Sozialdemokratie als das einzig richtige anerkannt worden. Aber damals bedeutete diese Rede mit ihrer Anerkennung des Idealismus in der Sozialdemokratie einen Bruch mit seiner Partei. Bei den Neuwahlen vier Wochen später kandidierte der Prinz als „liberaler“ und wurde mit beträchtlicher Mehrheit wiedergewählt. Und alle Versuche der rechtsstehenden Parteien wie der Sozialdemokratie, den roten Prinzen aus dem Sattel zu werfen, scheiterten. Auch als 1894 seine parteipolitische Freiheit aufgab und sich der Nationalliberalen anschloß, konnte das die Stimmung der Wähler nicht beeinflussen, die auch in der Ernennung des früheren Landrats zum Ehrenbürger der Stadt Guben sich zu erkennen gab.

Der Prinz genoss christlicher Deakismus, kein unablässiges Streben, die niederen Klassen des Volkes materiell wie geistig zu heben, hatte ihm eine Stellung im öffentlichen Leben verschafft, die ihn gegen Angriffe der Gegner sicherte. Nur wenig Abgeordnete haben so eifrig wie er sich der Kriegsveteranen angenommen, nur wenige so eifrig die Automobilkategorie in Stadt und Land geistigt, und ihm ist so viel zu verdanken, daß damals für die alten Krieger besser gesorgt wurde. Daß ein Mann von dem stark idealistischen Empfinden wie es Heinrich zu Schönau-Carolath ist, eine Verbesserung sozialer Verhältnisse in erster Linie von einer Hebung des Bildungsniveaus des Volkes erhoffte, ist eigentlich selbstverständlich. Als Vorsitzender der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung und als Vizepräsident der Comeniusgesellschaft hand er in der vordersten Reihe derer, die den viel zitierten Satz: „Bildung macht frei“ zum praktischen Gemeingut der Bildung ringenden Volksmassen machen wollten. Schon sehr frühzeitig hat er auch im Reichstag für das wissenschaftliche, allem das ärztliche Studium der Frauen plädiert, was in den Zeiten da man noch in jeder studierenden Frau eine „Emanzipierte“ sah, sicherlich nicht leicht wurde. Es lag die Sympathie des Prinzen für die Frauenbewegung in keiner Anteilnahme an allem begründet, was einengende und seiner Meinung nach schädliche Vorurteile bekämpfte.

Daraus ist auch sein Eintreten für die internationale Verständigung der Völker zu verstehen, die hin und wieder gerade bei seinen politischen Freunden auf Mißtrauen stieß, weil der Prinz Anführer einer, die etwas stark von utopischer Friedensschwärmerei ausgetränkt schienen. Aber er hatte doch schließlich recht mitgeteilt, daß die von Ausflügen nach Utopien ziemlich freie Arbeit der internationalen parlamentarischen Union in Deutschland auch von der Reichsregierung und dem Reichstage Anerkennung erhielt, von letzterem sogar eine Zustimmung in der Bewilligung einer Reichsunterstützung für die Union.

Die selbstlose Tätigkeit des Lausitzer Standesherrn für das gemeinwohl hatte ihm allmählich, wenn auch nicht die Sympathien, doch die Achtung seiner ehemaligen Parteifreunde, die ihn lange Jahre hindurch als Abtrünnigen bitter bekämpften, wieder verschafft. Freilich der Versuch, ihn zum Reichstagspräsidenten zu erklären, der die bürgerliche Linke im Jahre 1912 unternahm, mißlang. Er erhielt nur 88 Stimmen, während 185 auf Peter Sepp und 110 auf August Bebel entfielen. Und auch im zweiten Wahlgang vermochte er nicht die Stimmen der Liberalen auf sich zu vereinen.

Nach dem Ausbruch der Revolution war er still geworden. Die Einsamkeit, die er aufgesucht hatte, war ihm Erholung und Stärkung. Nun ist er, der den Frieden liebte, friedlich hinübergeschlummert.

Vermischtes.

— Berlin, 21. Juni. „Lof. Anz.“ meldet, ist zwischen der Bevölkerung von Neuhoß in Rühlbrunn bei Hamburg und der Besatzung des in der Vulkanwerkfabrik liegenden brasilianischen Dampfers „Cuyaba“ 5 mutigen Zusammenstoßen gekommen, wobei von der Bevölkerung mehrere Personen schwer verletzt wurden.

U. Haag, 19. Juni. Aus Antwerpen wird gemeldet: Bei der deutschen Firma Siebs wurden gestern die Büros von 500 Personen drängen in das Haus ein, während Tausende sich draußen ansammelten. Alle Möbel wurden auf die Straße geworfen und gründlich vernichtet, ebenso sämtliche Geschäftsbücher. Als die Polizei endlich erschien, war nichts mehr zu retten.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel, 21. Juni, morgens 6 Uhr: 264 cm, gefallen 6 cm. Rehl, 21. Juni, morgens 6 Uhr: 353 cm, gefallen 6 cm. Maxau, 21. Juni, morgens 6 Uhr: 534 cm, gefallen 4 cm. Mannheim, 21. Juni, morgens 6 Uhr: 448 cm, gestiegen 11 cm.

wiesen sich alle als unbeweglich. Dann prüfte er die Unterseite der Tischplatte aufs genaueste, indem er mit seiner Laterne jedes Spaltchen beleuchtete, aber wiederum gelangte er zu keinem Erfolg.

So verstrich eine weitere halbe Stunde, und als er schließlich wieder unter dem Tisch hervortrat, war sein Antlitz von Schweiß bedeckt.

„Es ist keine leichte Arbeit“, sagte er, indem er sich wieder setzte und sein Gesicht abtrocknete. „Aber ist es nicht ein wundervolles Werk? Je mehr ich es betrachte, desto herrlicher erscheint es mir!“

„Ich habe schon Philipp Bantine gesagt, daß ich es nicht recht zu wärtigen verstehe, und vermag es auch jetzt nicht“, bemerkte ich.

„Ja ja auch“, bemerkte Godfrey, „aber ich kann es doch innerhalb der Grenzen, die mir meine Fähigkeiten zuziehen, bewundern. Es ist das Schönheitsideal der Zeit Ludwigs des Bierzehnten — Eleganz und Pomp, auf die Spitze getrieben. Sieh nur diese Arabesken auf der Vorderseite — tanzt du dir etwas Graziöseres denken? Und die Gravierungen, mit welcher Sicherheit sie angebracht sind! Man merkt des Meisters Hand daran, wie leicht war es Boule selbst. Ich kann wohl verstehen, daß Bantine ganz verfallen darauf war. Aber wir haben bis jetzt das Fach noch nicht gefunden!“ — Er zog seinen Stuhl näher an das Schränkchen heran.

„Ich will dir nur eins sagen, Godfrey!“ versetzte ich. „Wenn du mit beiden Händen suchst, wie du es eben getan hast, so kannst du ebenso leicht an der linken als an der rechten Hand getroffen werden.“

„Das ist richtig“, rütmte er bei. „Erinnere mich daran, wenn ich es wieder vergessen sollte!“

Vorn an der Tischplatte befanden sich drei kleine Schiebläden. Godfrey hatte sie bereits entfernt. Er langte nun mit der Hand in die Höhlungen, aus denen er sie herausgezogen hatte, und besah sie ihre Wände sehr genau. Dann glitten seine Finger über die Verzierungen an den beiden Seiten der Schrantwände. Ich hatte das Gefühl, daß wenn sich irgendwo ein geheimes Fach befand, es gerade in diesem Teile des Möbels sein müsse. Daher folgte ich Godfreys Untersuchung mit atemloser Spannung. Einmal glaubte ich, er habe das Fach entdeckt, denn ein Stüchgen Einlage an einer Seite des

Tischchens schien unter dem Druck seiner Finger ein wenig nachzugeben. Aber er berührte keine verborgene Feder, keine Schiebelaufsprang heraus, keine vergiftete Kralle fuhr hervor.

„Nun“, sagte Godfrey, indem er sich schließlich in seinem Stuhl zurücklehnte und sein Gesicht von neuem abtrocknete, „das wäre lieblich. Wenn in dem unteren Teil des Schränkchens ein Geheimfach existiert, so ist es außerordentlich geschickt versteckt. Jetzt wollen wir den oberen Teil untersuchen.“

Der obere Teil bestand aus Reihen von Schiebläden, die über einander angeordnet waren. Ein dreieckiger Siebel schloß ihn mit einigen prächtigen kleinen Bronzen verziert. Die Schiebläden selbst waren hinter zwei Nügelstücken verborgen, die wiederum äußerst verschlungenen eingeleiteten Ornamenten verziert waren.

„Wenn sich hier ein Geheimfach befindet“, meinte Godfrey, „liegt es irgendwo da hinten, wo ein Hohlraum zu sein scheint. Die Anordnung zu entdecken, wie ...“

Seine Finger eilten über die Verzierungen, und dann, wie einem plötzlichen Einfall geleitet, versuchte er es mit den kleinen Figuren auf dem Siebel. Aber sie fanden alle unbeweglich ihrem Platze.

„Eins ist sicher“, sagte er, „die Feder ist so angebracht, daß sie nicht durch Zufall entdeckt werden konnte — etwa durch jemand, der sich an das Schränkchen lehnte. Es handelt sich überhaupt nicht um ein Geheimfach, sondern um eine Feder, die wahrscheinlich wird der Beschützung aus einer Reihe von Hebeln bestehen, die man in einer bestimmten Reihenfolge in Bewegung setzen muß, wenn das Geheimfach sich öffnen soll. Ich fürchte, wir sind der Geschichte nicht gewachsen.“

„Ich könnte nicht behaupten, darüber betrübt zu sein“, sagte er, und seufzte erleichtert auf. „Soweit es mich betrifft, so bin ich damit einverstanden, daß das Fach nicht entdeckt wird.“

„Ich nicht“, erwiderte Godfrey kurz und betrachtete das Schränkchen mit tiefen Falten auf der Stirne. Dann erhob er sich und ging zum Tisch zurück, um die Rückseite zu prüfen.

(Fortsetzung folgt.)

Sportblatt der Bad. Presse

„Wochenbeilage für Gurnen, Spiel und Sport“

Amthches Nachrichtenblatt des „Badischen Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege“
Montag den 21. Juni 1920.

Reichsschulkonferenz und Leibesübungen.

Von Prof. Hefner-Offenburg.

Es ist selbstverständlich, daß in der Fülle der Forderungen für „neue“ Schule die Leibesübungen eine ganz gesicherte Stelle einnehmen müßten. Wie erstaunt war ich, als das erste Ergebnis der Beratungen der Reichsschulkonferenz den Leibesübungen keinen eigenen Raum angewiesen hatte, daß kein Bericht über sie eingebracht, kein Berichterstatter bestimmt war. In zahlreichen Leisefällen und Berichten zu den anderen Punkten ist nach Erwähnungen, Berücksichtigungen der Leibesübungen, und ich fand nicht viele; alle allerdings waren durchaus verlässiger und freundlicher Art.

Einer der Berichterstatter, der die Leibesübungen wohl auch berührt hatte, erklärte in einer Fußnote dieses Verhältnisses mit der Annahme, daß die Leibesübungen sich wohl ihre Stellung in der Schule bereits erworben hätten. Das konnte aber nicht genügen; das Massenbezugsgebiet der Reichsschulkonferenz mußte die Leibesübungen enthalten. Und kurz vor der Einberufung bestimmte Reichsregierung Herrn Oberbürgermeister Dominicus-Berlin-Schöneberg vom Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele als Berichterstatter und schob seinen Bericht an den Punkt IV Schüler. Wiewohl ja die Leibesübungen bei den Schülern die begehrtesten Anlagen haben, war diese Angelegenheit als Anhängsel nicht richtig, und nicht würdiger war es, daß der Berichterstatter seinen vollständigen Bericht geben durfte, sondern nur als erster Kenner der Sprache zum Worte kam. Zur Einzelberatung waren 17 Ausschüsse bestimmt, aber keiner für Leibesübungen, und erst im letzten Augenblick wurde den Leibesübungen ein eigener Ausschuß 11 b zugeteilt.

Unter dem Vorsitz eines Regierungsrepräsentanten trafen dann Vertreter der Ministerien, des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen — Direktor Dr. Berger (Dt. Turnerschaft), Prof. Steffen (Ableit), Prof. Hefner (Fußball) —, Vertreter der Turnlehrervereine (Turninspektor Götter), der Turnvereine a. M. und Turnlehrer Feder-München, Vertreter der Turnpost- und Turnorganisation (Geller, Wilmann, Kometel), Vertreter des Wandervogel (Matthies), Vertreter der Turnlehrerbildungsanstalten (Dr. Henrich-München) zu eingehender Durchberatung der vorgelegten Richtlinien zusammen und ihr Ergebnis wurde dann der Vorkonferenz vorgelegt, die allerdings schon beim ersten Bericht, die verdiente Aufmerksamkeit nicht besaß. So ist die Ueberschrift dieser Zeilen eigentlich nicht berechtigt, man kann leider nur sprechen vom „Ausgang der Reichsschulkonferenz für Leibesübungen“. Das Plenum wurde durch die Fragen des Reichsausschusses und der Lehrerbildung über alle Gebiete erfaßt.

Bei der Beurteilung des tatsächlichen Ergebnisses ist zu beachten, daß alle Ergebnisse der Konferenz der Regierung als gutliche Vorschläge übergeben wurden, keinesfalls verbindliche Beschlüsse darstellten.

Die Werte der Leibesübungen für die Gesundheit und die Entwicklung des Körpers, für die Bildung des Charakters, die Förderung von Führereigenschaften und für die Fähigkeit die Einzelneitsleistung in der Gemeinschaft einzufügen, machen sie für die Erziehung unentbehrlich und geeignet, eine Volksschule zu werden. Aus dieser Grundausgangspunkt erwachsen Einzelanforderungen. Leibesübungen müssen als Hauptfach der Schule harmonisch eingebettet werden, 3 Wochenstunden und ein Spielnachmittag an allen Schulen, das ist die Forderung der Gegenwart, die tägliche Teilnahme ist das Ziel. Neben das eigenartige Turnen vollwertige Sport und Spiel. Jedes Kind muß schwimmen können. Monatliche Wanderungen für alle Stufen werden sofort angeordnet. Der Lehrplan, der die beschriebene Berücksichtigung, muß auf den biologischen Grundlagen aufgebaut sein. Förderklassen helfen den Schwachen. Betreibungen sollen nur nach sorgfältiger Prüfung möglich sein.

Die ergänzende Arbeit der Vereine, die den Leibesübungen anhängen, soll die Schule ohne Vorurteile fördern. Auch die Studenten sollen sich einen regelmäßigen, mannigfaltigen Turn-Spiel- und Sportbetrieb ausbauen. Unterstützung und Staat müssen ihnen helfen. Diese großen Ziele erfordern zahlreiche ausgebildete Lehrkräfte. Die gesamte Lehrerschaft soll mit der geistigen auch die körperliche Erziehung übernehmen, beides soll möglichst aus einer Hand aus einer Seele kommen.

Alle Lehrer müssen in Leibesübungen ausgebildet werden. Die Lehrer, die zur Leitung der körperlichen Erziehung und ihrer methodischen Ausgestaltung nötig sind, bedürfen einer vollwertigen Hochschulausbildung. Die Turnlehrerbildungsanstalten sind zu Hochschulen auszubauen, erst die bestehenden Hochschulen anzugliedern.

Die nötige Voraussetzung dieser körperlichen Erziehung sind Turnplätze für Leibesübungen und Turnhallen, Spielplätze, Schwimmhallen nach Art und Zahl durch Reichsbesitz zu sorgen. Jugendherbergen, Landbetriebe schließen sich an. Staat und Gemeinden haben die Pflicht sie zu schaffen und sie auch den Vereinen möglichst zur Verfügung zu stellen, die ihrerseits die körperliche Erziehung als eine vaterländische Aufgabe im besten Sinne des Wortes auffassen und durchzuführen müssen.

Als eine große Aufgabe muß der Staat die körperliche Erziehung fördern. Er hat die Oberleitung und Turnplätze für Land, Kreis und Stadt sind seine Organe. Leiter für Leibesübungen in den Ministerien, in den Behörden der Selbstverwaltung sind Mittelstellen für alle Körperkulturen der Leibesübungen. Verständnissvolle gemeinsame Arbeit aller Lehrenden, Lernenden, Lebenden wird gefordert.

Das sind schlagwortartig angefaßt die Ergebnisse der Reichsschulkonferenz. Die Arbeit dieses Ausschusses. Mögen die Lehrenden, die in neuester Zeit manches verständnisvolle Entschlossen bewiesen haben, diesen Forderungen ein aufmerksames Gehör schenken als die so vielfach interessierte Reichsschulkonferenz. Eine schöne Harmonie von Körper und Geist ist unser Ziel. Gehe, tatkräftige, willensstarke Menschen werden dem Vaterlande dienen.

Fußballsport

Der Karlsruher Fußballverein schlug am Samstag auf dem Sportplatz den Sp.-Club Germania Ludwigshafen 1904 mit 3:0 Toren.

Leistungsspiel Liga — A-Klasse Städtecl. Morgen Dienstag abend 7/7 Uhr findet auf dem Mühlburger Sportplatz ein Leistungsspiel der Karlsruher Städtecl. statt, die am 26. Juni in Stuttgart das fällige Heimspiel austrägt, gegen eine Städtecl. der A-Klasse statt.

Es ist ein spannender Kampf zu erwarten, denn die A-Klassenstädtecl. die erst kürzlich gegen die Stuttgarter A-Klasse ein schönes

Spiel gezeigt haben, werden der Liga härtesten Widerstand entgegen zu setzen. Die Aufstellung der Mannschaften ist folgende:

Wahlbezirk	1. Platz	2. Platz	3. Platz	4. Platz
1. Wahlbezirk	Wahlbezirk (Mühlburg)	Ritterer (R.F.B.)	Bolz (Mühlburg)	Graze (R.F.B.)
2. Wahlbezirk	Wahlbezirk (Mühlburg)	Reida (R.F.B.)	Würgelburger	Semann Heller
3. Wahlbezirk	Wahlbezirk (Mühlburg)	Hitzig	Kugelstadt	(R.F.B.)
4. Wahlbezirk	Wahlbezirk (Mühlburg)	(Weierheim)		

Gottmann (Frankonia) Seiter (Durlach) Ketter (Ritterer) Reiche (Ritterer) Egge (Frankonia) Pfeiffer (Durlach) Schmidt (Konforbia) Siebler (Südhorn) Schwamberger (Frankonia) Durand (Konforbia) A-Klasse Wallbaum (Grünwinkel)

Schwimmport

Das Nationale Wettschwimmen in Heidelberg.

Der Karlsruher Schwimmverein gewinnt acht erste Preise, darunter die Haupttrenten.

(Sonderbericht der „Badischen Presse“)
r. Heidelberg, 20. Juni. Am Samstag und Sonntag fand hier das Nationale Wettschwimmen des Schwimmclubs Karlsruher Heidelberg statt, zu dem 24 Vereine aus Süd- und Norddeutschland 240 Meldungen abgegeben hatten. Dem Schwimmfest, welches im städtischen Hallenbad abgehalten wurde, wohnte an beiden Tagen eine große Zuschauermenge bei. Die Haupttrenten wurden von der Mannschaft des Karlsruher Schwimmvereins gewonnen, der nicht weniger wie acht erste Preise erringen konnte. Erfolgreich dabei ist, daß sich die Siege gleichmäßig auf die Mitglieder, Damen- und Jünglingsabteilungen verteilten. So gewann Karlsruhe die beiden II. Seniorenstufen und die kurze Strecke, ferner in überlegener Weise die beiden Jugendstufen, zwei Damenkämpfe (Kellertauschen und Damen-Brustschwimmen) und das Jugend-Seitenschwimmen. Im Einzelnen hatten die Haupttrenten folgendes Ergebnis:

Erster Tag (Samstag, den 19. Juni.)

I. Junior-Vagenstapel 4x48 m. 1. Offenbacher Schwimmverein von 1896 2,23 Min. 2. Hellas Magdeburg 2,24 Min. 2. Sel. 3. Schwimmverein Mannheim 2,24 Min. 6. Sel. Schwimmbund Heilbronn 2,22 Min.

II. Erstschwimmen 96 m. 1. Hugo Stanel-Offenbach 1,14 Min. 2. Hans Fetzl — „Hellas“ Magdeburg 1,17 Min.

III. Damen-Kellertauschen. 1. Fr. Paula Oberst — Karlsruher Schwimmverein 6 Teller. 2. Fr. Irma Werner-Heidelberg 3 Teller.

IV. Streckentauschen für Erstschwimmer. 1. R. Wigenhausen — S.-B. Mannheim.

V. Juniorenstufen 96 m. 1. W. Vink — „Nitar“ Heidelberg 1,14 Min. 8. Sel. 2. D. Rappold — Schwimmbund Heilbronn 1,17 Min. 2. Sel. 3. A. Wiedemann — Schwimmportklub Freiburg 1,19 Min. 6. Sel.

VI. Jugendstufen 3x3 Bahnen. 1. Karlsruher Schwimmverein 1,14 Min. 40 Sel. (Hügler, Kihaupt, Richter). 2. S.-C. „Jungdeutschland“ Darmstadt 1,41 Min. 8. Sel. 3. S.-B. „Nitar“ Heidelberg 1,14 Min. 4. Sel. um Handschlag gewonnen. 2. J. Hiegler — Karlsruher S.-B. 1,16 Min. 3. Braun-Kölner S.-B. 1,18 Min.

VII. Juniorenbrustschwimmen 96 m. 1. W. Kalbfleisch-Darmstadt 1,24 Min. 2. H. Stanel-Offenbach S.-B. 1,24 Min. 2. Sel.

VIII. Kopfweissprung. 1. R. Epp-Nitar-Heidelberg 17,80 m. 2. X. 3. Seniorsstufen 3x48 m. 1. Schwimmportklub „Hellas“ Magdeburg 1,34 Min. 4. Sel. 2. „Nitar“ Heidelberg 1,35 Min. 3. Schwimmverein Mannheim.

IX. Damen-Juniorenstufen 48 m. 1. K. Koll „Nitar“ Heidelberg 45,2 Sel. 2. H. Müller-Darmstadt 45,4 Sel.

X. Erstschwimmen. 1. R. Jopp „Nitar“ Heidelberg, 2. G. Federlin-Darmstadt.

XI. Jugendstufen 30 Sel. 1. P. Hofelder-Freiburg 30 Sel. 2. H. Kalbfleisch-Darmstadt 31,6 Sel.

XII. 3. Seniorsstufen 84 m. 1. G. Nichtenberger-Heidelberg 1 Min. 22,8 Sel.

XIII. Juniorenstufen 96 m. 1. Julius Wihale-Würzburg 1,12 Min. 2. G. Leonhardt-Offenbach 1,13 Min. 8. Sel.

XIV. Damen-Juniorenstufen 48 m. 1. Fr. Toni Bopf-Darmstadt 43,8 Sel.

XV. 3. Seniorsstufen 4x48 m. 1. Schwimmverein Mannheim 2,20 Min. 2. Schwimmbund Heilbronn 2,21 Min.

XVI. Vereinswettkampf für Erstschwimmer. 1. S.-B. „Nitar“ Heidelberg 56 Punkte. 2. Darmstädter S.-C. „Jungdeutschland“ 48 Punkte.

Zweiter Tag (Sonntag, den 20. Juni.)

I. 2. Seniorsstufen 4x48 m. 1. Karlsruher Schwimmverein 2 Min. 14 Sel. (J. Avenmarg, Bogel, Hiegler, Bierhalter). 2. Erster Frankfurter S.-Club 2 Min. 17 Sel. „Hellas“ Magdeburg außer Konkurrenz 2,19 Min. 8 Sel.

II. Mädchenbrustschwimmen 45 m. 1. Fr. J. Rohmann-Heidelberg 47 Sel. 2. Fr. E. Spilmüller-Karlsruher S.-B. 50,2 Sel.

III. Juniorenstufen 3x48 m. 1. „Hellas“ Magdeburg 1,32 Min. 2. Sel. 2. „Nitar“ Heidelberg 1,33 Min. 2. Sel.

IV. Streckentauschen. 1. Dr. v. Neuenstein-Heidelberg, 2. H. Steg-„Delphin“ Stuttgart.

V. Junioren-Rückenschwimmen 96 Meter. 1. Emil Kengott-Heilbronn 1 Min. 20,4 Sel. 2. J. Wigenhausen-Mannheim 1 Min. 22,2 Sel.

VI. Jugendstufen 48 Meter. Kurt Hügler-Karlsruher Schwimmverein 55,4 Sel. 2. Ed. Dingelberg-Darmstadt 55,8 Sel.

VII. 2. Seniorsstufen 4x48 Meter. 1. Karlsruher Schwimmverein 2 Min. 01,2 Sel. (Horn, Bogel, Ditter, Bierhalter). 2. S.-B. „Nitar“ Heidelberg 2 Min. 01,6 Sel.

VIII. Seniors-Rückenschwimmen 36 Meter. 1. D. Groß-Heidelberg 1 Min. 18 Sel. 2. Jul. Henn-Karlsruher S.-B. 1 Min. 22,6 Sel.

IX. 3. Damen-Rückenschwimmen. 1. Fr. Kathi Koll-Heidelberg 43,2 Sel. 2. Frau Dr. Grabow-Karlsruher S.-B. 43,4 Sekunden. Knapp gewonnen.

X. 2. Seniorsstufen. 1. Fr. Mette-Heidelberg, 2. Emil Kengott-Heilbronn.

XI. Kurze Strecke 48 Meter. 1. Ludwig Bierhalter-Karlsruher S.-B. 28,4 Sel. 2. Willi Schmidt-Frankfurt, Braun-Köln, W. Unt-Heidelberg 29 Sel. totes Rennen.

XII. Juniorenbrustschwimmen 3x48 Meter. 1. Offenbacher S.-B. 2 Min. 40,6 Sel. 2. R. Ditter-Karlsruher S.-B. 2 Min. 41 Sel.

XIII. 2. Seniorsstufen 192 Meter. 1. E. Woberg-Heidelberg 2 Min. 40,6 Sel. 2. R. Ditter-Karlsruher S.-B. 2 Min. 41 Sel.

XIV. Damenbrustschwimmen 48 Meter. 1. Frau Dr. Grabow-Karlsruher S.-B. 43,4 Sel. 2. Toni Bopf-Darmstadt 44 Sekunden.

XV. Jugendlagenklasse 4x48 Meter. 1. Karlsruher Schwimmverein.

XVI. Vereinswettkampf. 1. „Nitar“ Heidelberg 44 Punkte. 2. Schwimmbund Heilbronn 41 Punkte.

Das Wasserballspiel.

— Allmählich tritt jetzt Ruhe im Fußballsport ein, und die Aufmerksamkeit des Sportsmanne wendet sich den Wasserballspielern zu, die in ihrem, trotz der heißen Jahreszeit, kühlen Elemente ihre Kräfte wessen. Dieses Kampfsport der Schwimmer hat leider immer noch nicht die ihm gebührende Beachtung gefunden, so daß es angebracht erscheint, auf die Spielregeln einzugehen. Die Art des Spieles ist im wesentlichen dieselbe wie die des Fußballspieles, d. h. es kämpfen zwei Mannschaften, die in diesem Falle 7 Mann stark sind, gegeneinander, mit der Absicht den Ball ins feindliche Tor zu bringen. Auch der Ball ist von derselben Beschaffenheit und Größe wie ein Fußball. Die Tore sind 3 Meter breit und 90 Zentimeter hoch. Die Spieler dürfen den Ball nur mit einer Hand werfen, ausgenommen die Torwächter. Beim Spielbeginn befinden sich sämtliche Spieler auf der Höhe der Torlinie, der Ball wird nach der Mitte des Spielfeldes geworfen, und beim Anpfiff beginnt ein Wettschwimmen der Stürmer nach dem Tor. Die Regeln verbieten das Tauchen und das Festhalten des Balles unter Wasser. Die Abseitsregel gleicht der des Fußballspieles, sie tritt nur innerhalb des Strafraumes in Kraft.

Selbstverständlich müssen sämtliche Spieler gute und ausdauernde Schwimmer sein. Da das Spiel trotz der kurzen Spieldauer von maximal 7 Minuten hohe Anforderungen an die einzelnen Leute stellt, ist ein langes und eingehendes Training erforderlich, um eine gute Mannschaft heranzubilden.

Genau wie im Fußballsport wird alljährlich die Deutsche Meisterschaft im Wasserballspiel ausgetragen, und zwar stets auf dem Schwimmfeste des Deutschen Schwimmverbandes (dieses Jahr in Darmstadt), wo auch die Deutschen Schwimmmeisterschaften entschieden werden. Auch die Art der Ausschreibungsweitspiele ist dieselbe. Erst werden die einzelnen Gau- und Kreismeister festgesetzt, die letzteren spielen Vorspiele gegeneinander, und die besten Mannschaften treffen sich am Verbandsspieltage in der Endrunde.

In Süddeutschland steht das Wasserballspiel auf bemerkenswerter Höhe. Schon vor dem Krieg wurde dasselbe gerade von den süddeutschen Schwimmvereinen eifrig gepflegt und Süddeutschland führte auch nach Art der Ugaltsballspiele die Gau- und Kreiswasserballspiele ein. Im letzten Jahre gewann der 1. Frankfurter Schwimmklub die Deutsche Wasserballmeisterschaft für das Jahr 1920/21 gegen den Neuen Leipziger Schwimmverein, nachdem Schwaben Stuttgart und der Verteidiger des Titels, Germania Berlin in der Vor- und Zwischenrunde ausgeschieden waren. Die Spiele um die Gau- und Kreismeisterschaften haben bereits überall begonnen und werden namentlich in Süddeutschland sehr gute Beteiligung auf. Bis Anfang Juli müssen die Gaumeister entschieden sein, sodann am den Kreismeistertitel gespielt werden kann. Das Wasserballspiel wird jedenfalls überall mit keinem weitausgehenden Momenten das sporttreibende Publikum, namentlich auch die Fußballfreunde, anziehen.

Die Spiele um die badische Gau-Wasserball-Meisterschaft nehmen am Samstag den 26. Juni, abends 6 Uhr, im städtischen Schwimmklub am Rhein in Karlsruhe mit dem Spiel Karlsruher Schwimmverein gegen den Schwimmklub Freiburg in der A-Klasse ihren Anfang. Die Heidelberger Mannschaft hat bereits im letzten Jahre an hervorragender Stelle im Kampfe um die süddeutsche Wasserballmeisterschaft teilgenommen und ist dem letzten deutschen Wasserballmeister, 1. Frankfurter S.-C., nur knapp unterlegen. Es ist übrigens ein günstiger Beweis für das Interesse der Fußballfreunde am Wasserballspiel, daß der bekannte repräsentative süddeutsche Torwächter Lorenzmann-Baldhof auch bei der Heidelberger Wasserball-Mannschaft im Tore steht. Die Mannschaft des Karlsruher Schwimmvereins hat seit ihrem Spiel gegen die Stuttgarter Städtegemeinschaft ihre Form bedeutend verbessert, sodann ein interessantes Spiel zu erwarten steht. Nach dem Spiel der A-Klasse werden sich in der Jugendklasse die Mannschaften des Karlsruher Schwimmvereins und des Schwimmklub-Nitar-Heidelberg im Gauspiel gegenüberstellen.

Rudersport

Die Frankfurter Regatta.

(Eiener Drahtbericht der „Bad. Presse“.)

ff. Frankfurt a. M., 20. Juni. Die große Frankfurter Regatta, welche gestern mit den Borrennen ihren Anfang nahm und heute in Anwesenheit einer überaus zahlreichen Zuschauermenge die Haupttrenten des ersten Tages brachte, bildet seit Jahrzehnten den Höhepunkt der süddeutschen Rudersaison. Die diesjährige Regatta mit ihren 101 Rennen ist die größte, die jemals in Frankfurt a. M. und in Süddeutschland gerudert wurde. An Zahl der Teilnehmer wird sie nur von der diesjährigen Berliner Regatta übertroffen, zu welcher circa 30 Boote mehr gemeldet sind; aber die Zahl der gemeldeten Vereine ist geringer und zwei Drittel der Meldungen wurden dort von den Berliner Vereinen abgegeben. In Frankfurt a. M. wurden 264 Boote gemeldet von 64 Vereinen, in Berlin sogar 298 Boote von 43 Vereinen.

Am Samstag vormittag fanden bereits die Borrennen zum Verbandsvierer, Junior-Vierer und Junior-Einer statt. Am Samstag nachmittag folgten von 3 Uhr ab die Borrennen für den Jubiläums- und Junior-Achter, für den Gast-Vierer, den Zweiten Vierer ohne Steuermann, den Dritten Vierer und den Zweiten Einer. Am Sonntag vormittag wurden ebenfalls Borrennen und zwar zum Großen Vierer, zum Regatta-Vereins-Vierer, zum Zweiten Achter und zum Preis von Sachjenhausen ausgetragen.

Der Sonntag-Nachmittag brachte sodann die Entscheidung in den ersten 12 Haupttrenten. Die Internationalität der Veranstaltung war durch das Erscheinen des Seelubs Lugern gewahrt. Es ist hoch erfreulich, daß dadurch der Boykott der Mittelmächte seitens der Entente weiter illusorisch wird. Die sportlich bedeutendsten Rennen des ersten Tages waren der Erste Vierer ohne Steuermann und der Jubiläums-Achter. Im Ersten Vierer traf Mainz wieder mit Köln zusammen und mußte sich zum zweiten Male geschlagen beugen. Das spannendste Rennen des Tages war der Jubiläumsachter, den der Wassersportverein Düsseldorf nach schärfstem Kampfe nur mit ein fünfteil Sekunden Vorsprung gegen Mainz für sich entscheiden konnte. Der Karlsruher Rheinklub u. Germania, welcher im Borrennen zum Junior-Achter mit der Mannschaft W. Schadt, H. Marbeter, J. Haug, R. Hang, R. Klose, A. Bach, R. Wetter,

Freunde von Sport u. Leibesübungen bestellt die Badische Presse mit Sportblatt.

Aus Baden.

Zur Umbildung der badischen Regierung.

— Karlsruhe, 20. Juni. Ein anscheinend offizieller Artikel der „Karlsruher Zeitung“ befaßt sich mit der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts. Hierbei wird betont, daß man in Baden nicht daran denke, die bisher betriebene Koalitions-

Badische Chronik.

— Karlsruhe, 20. Juni. Mit dem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 22. März 1920 wurden die Bezirksämter angewiesen, eine verstärkte Kontrolle der Ausländer in ihrem Bezirk durchzuführen. Durch die bisher getroffenen Maßnahmen scheint eine merkliche Eindämmung des Zustroms von Ausländern aber nicht erreicht worden zu sein.

— Mannheim, 19. Juni. Der Stadtrat hat den Höchstpreis für Weizen auf 220 M, Roggen- und Weizenmehl auf 1.80 M pro Liter und für Butter auf 18 M pro Pfund festgelegt. — Mannheim, 19. Juni. Der älteste Schußmann Mannheims, Josef Bergmann, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war bis vor 2 Jahren im Dienst, hatte die Feldzüge von 1806 und 1870/71 mitgemacht.

— Mannheim, 19. Juni. Der von den Franzosen zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilte Ingenieur Hans Imhoff von der Badischen Anilinfabrik ist wieder heimgekehrt. Er ist in Amiens auf freien Fuß gesetzt worden und befindet sich jetzt im unbesetzten Gebiet. Imhoff wurde von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt und schlecht behandelt. Die Hausführung in seiner Wohnung in Ludwigs- hafen hatte nicht das geringste belastende Material ergeben. Er war beschuldigt, als Hauptmann in Frankreich sich Haus- haltungsgegenstände angeeignet zu haben.

— Mannheim, 19. Juni. In Frankreich schmachten bekanntlich noch deutsche Kriegsgefangene in den Gefängnissen und in den Lazarettten. Von ihnen kommen einige von Zeit zu Zeit über Ludwigshafen nach Mannheim. So ist kürzlich auch aus dem Lazarett St. Omer bei Lille der Kriegsgefangene Edward Heine- mann in einem unbeschreiblichen Zustand gekommen. Er ist zum Skelett abgemagert und des Sehens fast nicht mehr fähig. Er fand Aufnahme im Garnisonlazarett. Man hofft, ihn am Leben erhalten zu können.

— Sandhof (b. Mannheim), 20. Juni. Wegen Kindes- mordes ist ein hiesiger Gutsverwalter verhaftet worden. Wie die „Volksst.“ berichtet, hatte er schon kurz nach der Geburt des Kindes von der Hebamme verlangt, sie solle das Kind im Badewasser ertränken, er gebe ihr eine gute Belohnung. Die Frau tat dies nicht und als sie am nächsten Tag wieder auf das Gut kam, hatte der Verwalter das Kind bereits in die Düngrube gemorfen.

— Heidelberg, 20. Juni. Hier erkrankten in der Römerstraße 17 Personen nach dem Genuß von Wurst unter Vergif- tungserscheinungen. Die Wurst war durch Vermittlung einer Frau von einem Fabrikantenvirt in Friedrichsfeld bezogen worden. Sie rührt wahrscheinlich von einem heimlich geschlachteten und nicht auf seinen Gesundheitszustand untersuchten Tier her. Es wurde festgestellt, daß das Tier typhuskrank war und daß sich durch den Genuß der Wurst sämtliche Erkrankte ebenfalls Typhus zugezogen haben. Maßregeln zur Verhütung des Weiterverbreitens der Krankheit wurden sofort getroffen, ebenso wurde die in Friedrichsfeld noch vorhandene Wurst auf dringliche Benachrichtigung hin beschlagnahmt.

— Wiesloch, 20. Juni. Unter der Einwirkung der Frostnächte der vergangenen Woche haben erhebliche Kartoffelfäulen auch Rais, Bohnen und andere empfindliche Pflanzen an erheblichen Schäden. Es wird darauf hingewiesen, daß es namentlich mit Rücksicht auf den häufig obwaltenden Düngezustand der Felder, erforderlich sein wird, sobald die möglich durch Fäule einer schnell wirkenden Stickstoffdüngung die beschädigten Pflanzen zur Neubildung von Blättern anzuregen. Zu empfehlen ist mittlere entzündende Stickstoffdüngung mit Phosphor oder schnellwirkenden künstlichen Stickstoffdüngern. In erster Linie kommt in Frage der Natronsalpeter (Dreifachsalpeter), in zweiter Linie Ammoniakpulver und Ammoniumsulfatpulver. Die Anwendung von anderen Stickstoffdüngern kann wegen ihrer langsameren, bei Kaltefrost in anderen auch noch stärker, blatt- tödlichen Wirkung nicht empfohlen werden. Je nach dem Dünge- zustand und dem Entwicklungsstand der beschädigten Pflanzen wird der Dünger weiträumig auf die nichtbetroffenen Pflanzen oder auf eintrübendem Regen Natronsalpeter in einer Menge von 0,5 bis 1 Pfd. pro Ar ausge- streut. Bei Anwendung des sehr kostbaren Ammoniumsulfates ge- nügt die unachtfache anderthalbfache Menge. Bei Anwendung des Natronsalpeters. Die geringen Mengen können der besseren Streuungs- weise wegen mit trockenem Sand gemischt werden. Durch die s. B. ein- getretenen Fäulen und ein Zerfallen der Pflanzen mit den ange- füllten Düngern dürften die Ertragsminderungen in hiesiger Gegend sehr gering sein. Ein weitestgehender Entschärfungsfall ist alsdann nicht zu befürchten.

— Freiburg, 20. Juni. Generalleutnant a. D. Ferd. von Bed- felder vor wenigen Tagen seinen 70. Geburtstag. — Freiburg, 19. Juni. Ein hiesiger Geschäftsmann wandte sich um Aufklärung an die Reichsjustizverwaltung in Berlin, um zu erfahren, ob, wie ein Gericht besagte, die Zwangsbewirtschaftung für Jüder bevorzünde. Ihm ist von dort geantwortet worden, daß

die Freigabe der Zwangsbewirtschaftung für die nächste Ernte zunächst nicht beabsichtigt sei, die Einfuhr von Jüder könne daher Einzelinteressenten nicht gestattet werden.

— Radolfzell, 18. Juni. Die kath. Stadtpfarrrei Radolfzell, er- ledigt durch Rücktritt des langjährigen Stadtpfarrers Werber, hat der derzeitige dortige Pfarrverweser Kuner erhalten. Derselbe wirkte vorher schon 15 Jahre lang als Kaplanverweser in Radolf- zell.

Zur Förderung und Pflege der Leibes-Übungen. Ist in den letzten Monaten von allen beteiligten Vereinen und Verbänden eine ungemein große Verlebendigung in allen Gattungen der Beschäftigung hat der für ein Volksgesundheits- so wichtigen Bewegung nachhaltige Erfolge verschafft. Die Verlebendigung, welche unserm Sportplatz in Sportstrasse zuteil wird, läßt uns freudig für die gute Sache weiter wirken. Des „Sportplatz der Badischen Presse“ bietet seinen Lesern folgende Aufsätze an: Der reiferen Jugend und eine an Schweißigkeit und Ausdauer in der Ausübung der Leibesübungen. Die sich auf alle Gebiete der Leibes- übung erstreckt. Was der Sonntag an Ereignissen bringt, findet jeder Leser bereits am Montag im Sportplatz.

Aus der Landeshauptstadt. Karlsruhe, 21. Juni 1920. Die „Badische Woche“ in Karlsruhe. — In der Stille von allen mitgehenden Kräfte sorgfältig vor- bereitet, ist das Theaterkulturverband in Aussicht ge- nommene Unternehmen der „Badischen Woche“ soweit gediehen, daß das Programm nunmehr in festen Umrissen daheist. Die „Badische Woche“ bestimmt, als erste in einer Reihe von ähnlichen jähr- lich wiederkehrenden Veranstaltungen die künstlerische und kulturelle Bedeutung Karlsruhes als Hauptstadt der neuen deutschen Westmark aufzuweisen, wird in der dritten Septemberwoche, vom 18.—26. September einschließlich, in Karlsruhe stattfinden. Die in ihr gebotenen künstlerischen Unternehmungen werden die schon lange Zeit geplante Theaterwoche, eine ausschließlich nach Ge- sichtspunkten der Qualität ausgewählte Gemälderausstellung im Kunstmuseum und eine keramische Ausstellung in den Räumen der Gemäldegalerie umfassen, die sowohl die geschichtliche Entwicklung der gerade im badischen Lande stark verwurzelten keramischen Industrie, als auch die moderne Leistung der badischen Keramik zeigen wird. Im Anschluß an diese Unternehmung sind alsdann noch weitere Veranstaltungen, die geeignet sind, eine große Zahl von Besuchern herbei zu ziehen, geplant, über die noch näher berichtet werden wird. Ueber die Theaterwoche soll noch gesagt werden, daß sie neben einer von dem badischen Dichter Burte in Aussicht gestellten Aufführung, eine Neu-Inszenierung der „Fies- till“ von Klose bringen wird, daß sich ihr Kammertheateraufführungen im großen Saale des Künstlerhauses, die durch die darin ebenfalls vorgeführten Aufführungen badischer Dichter ein besonderes Ge- präge erhalten, anschließen werden, des weiteren ein Symphonie- konzert und ein Kirchenkonzert großen Stiles, ein Kammermusikabend und eine literarische Matinee, in der durch Vorträge und Regitatio- nen eine Uebersicht über die Entwicklung und Leistung der badischen Dichter gegeben werden wird. Mit der „Badischen Woche“ soll auch eine „Karlsruher Sportwoche“ verknüpft sein, die eine Reihe großartige sportliche Veranstaltungen bringen wird.

— Die Kartoffelverfäulnis der Bevölkerung. Nach den bei der Reichsstatistik vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfsstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln der letzten Ernte bis zum Eintritt der künftigen Kartoffelernte versorgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem beträchtlichen Einfuhr der Kartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Kartoffeln in Belgien freizuge- ben. Da voraussichtlich dann von Mitte Juli ab deutsche Früh- kartoffeln in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, ist jedoch zu- nächst die Einfuhr bis zum 20. Juli befristet. Gleichzeitig wird die Einfuhr italienischer und spanischer Kartoffeln eben- falls bis zum 20. Juli verlängert.

— Fürsorge für die Vertriebenen aus dem inländischen Gebiet. Amlich wird geschrieben: Es hat sich herausgestellt, daß auch aus den belebten Teilen der Rheinprovinz mit Ausnahme des Saargebietes vorwiegend Vertriebenen abwandern, die der Aufnahme in die amtliche Fürsorge nicht würdig sind. Zumeist handelt es sich um junge arbeitsfähige Vertriebenen, die entweder im belebten Gebiet gegen die Strafgehalte vertrieben haben und sich der Strafe durch die Flucht ent- ziehen wollen oder aus anderen selbst verschuldeten Gründen das Gebiet verlassen müssen. Die meisten von ihnen sind eingetragene Ver- triebene. Es wurde daher angeordnet, daß künftig in der Regel nur noch die- sen Vertriebenen aus dem inländischen Gebiet zur Annahme der Fürsorge berechtigt sind, die eine amtliche Fürsorge in Aus- weisungsbefehl — der regelmäßig von der fremdländischen Ver- triebenenstelle in der Form ausgestellt wird, daß der Ver- triebene auf das rechte Heimverweilen zu bestehen habe — oder eine Ver- weisungsbefehl ihrer Heimatbehörde, daß sie auszuweisen sind, vorweisen können. Alle anderen angeblich Vertriebenen aus den belebten Teilen der Rheinprovinz mit Ausnahme des Saargebietes, welche die Fürsorgebehörde in Anspruch nehmen, werden den Bezirks- ämtern überwiesen, welche hinsichtlich des Rücktransport dieser Vertriebenen in das belebte Rheinland zu verfahren haben. Es wurden hiernach die Gemeindefürsorge mit der Befugnis versehen, insbesondere alle Vollzeitarbeiter einzurufen, die durch die Vertriebenen, angeblenen Flüchtlingen ohne Ausweis übertrieben keine Vertriebenen sind, die Ausweise irgend welcher Art ausstellen dürfen. Dabei wird be- merkt, daß jeder Flüchtling ein von einer amtlichen Fürsorgebehörde ausgestelltes und mit dem Dienstvermerk der zuständigen Fürsorgebehörde versehenes Ausweisbüchlein besitzen muß. Andere Vertriebenen haben für die Rückführung keine Ausweise.

— Diebstahl: Am vergangenen Dienstag wurden aus einer Woh- nung in der Altstadtstraße mittels Nachschlüssel eine goldene Uhr mit

Reihe, ein goldener Anhänger und Bettlager von erheblichem Werte von unbekanntem Täter entwendet. Die Anzeige des Bad. B.-B.-M. 113 (ehemalige Grenadier- kasse) ist nach längerer Abwesenheit wieder an ihre frühere Wirkungsstätte zurückgekehrt und hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Heute abend ist sie im Friedrichsplatz unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Obermusikmeister Bernhagen ein Konzert bei ansehnlichem Programm, Anfang 8 Uhr.

— Na. Johannes-Feier. Am Mittwoch, den 23. Juni, abends 8 Uhr, findet im Stadtpark zur Feier des Johannesfestes ein Doppelkonzert des Musikvereins Karlsruhe und des Musikvereins Karlsruhe (Gesellschafts- orchester) statt. Um 10 Uhr wird ein großes Feuerwerk veranstaltet. Des Beginn des Feuerwerks wird durch drei große Kanonenschüsse be- kundet. Außerdem wird die Wandbühnenmusik eine Serenade aus- führen. Nach Schluß des Feuerwerks wird inmitten des Stadtparkes der übliche Polstisch (das Johannesfest) abgehalten werden. Der Vorber- eitung beginnt am Montag, den 21. Juni, in den auf den Anschlagsteinen über dem Hauptgebäude des Stadtparkes. Außerdem wird am Tage der Veranstaltung feiert von abends 6 Uhr ab auch am Eingang neben dem Verwaltungsgelände des Gartenamts (Ettlingerstraße 8) eine Kasse ge- führt. Bei unangenehmem Wetter wird die Veranstaltung auf Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, verlegt. Wegen des Abnehmens von Karten auf die Inzerate und Platzanschläge.

— Die öffentlichen Schulprüfungen des Konservatoriums für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe finden, wie angeordnet, in der Zeit vom 21. Juni bis 14. Juli statt, die der Musikschulprüfung am 21. und 23. Juni sowie am 1. und 2. Juli im Stadtpark — jeweils 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends —, die der Vorklassifikations am 12., 13. und 14. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Saal der Anstalt Söckelstraße 43. Die folgenden be- stimmten Programme enthalten eine größere Anzahl der hervorragenden Meisterwerke der verschiedenen musikalischen Zeit- und Stilperioden, so z. B. schon am 21. Juni abends eine Zusammenstellung großartiger Klavierwerke von Bach bis zu einem der allernuesten von C. Rognod. Die Auffüh- rungen sind allgemein das Interesse aller ernsthaften Musikfreunde lohnend. Wegen freier Eintrittskarten, wie Eintrittskarten usw., verfahren wir auf die Anzeige.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung vom 17. Juni 1920.

— Betriebsergebnisse der Stadt. Straßenbahn. Die Stadt. Straßen- bahn erzielte eine Gesamteinnahme im Monat Januar von 574 891 M., im Februar von 921 267 M. (Carlsruherhöhung ab 1. Februar), im März von 940 324 M., im April von 1 016 937 M. (Carlsruherhöhung ab 21. April), im Mai von 1 177 889 M. Die Zahl der von ihr beförderten Personen betrug im Monat Januar 3 207 950, im Februar 2 917 033, im März 2 958 244, im April 3 027 389, im Mai 3 100 478. Die Be- triebsergebnisse zeigen, daß der neue am 21. April, d. Js. eingeführte Tarif sowohl eine beträchtliche Vermehrung der Einnahmen über- haupt bringt, als auch überdies ein Verdickung des Verkehrs. Diese ist, wie aus den Einzelergebnissen in voller Klarheit hervorgeht, der starken Benützung der Fahrpläne zu verdanken. Es wird also gesagt werden dürfen, daß die Grundlage des neuen Tarifs im allge- meinen das hiesige Verkehrsbedürfnis richtig erfasst hat. Trotzdem bleibt die Lage der Straßenbahn schwierig. Es wird kaum möglich sein, zwischen Einnahmen und Ausgaben ein vollkommenes Gleich- gewicht herzustellen. In andern Städten Deutschlands mußte zu Betriebsbeschränkungen, ja sogar in manchen Orten zu Betriebs- einstellungen geschritten werden. Auch in Karlsruhe wird mit allen Mit- teln äußerster Sparsamkeit erstrebt werden müssen, damit die Straßen- bahn ihre Aufgabe wie bisher im vollen Umfange erfüllen kann.

— Baupflichtbesetzung. Die Stadt beteiligt sich an der Gründung einer Gesellschaft mit gemischtwirtschaftlichem Betrieb zur Herstellung, Beschaffung und zum Vertrieb von Baustoffen mit der besonderen Aufgabe, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Beim Bürgerausschuß wird die Bewilligung eines Kredits hierzu im Be- trage von 510 000 Mark beantragt.

— Schwemmgeld. Aufgrund erhöhter Aufwendungen für die Schwemmanalysation muß die Schwemmgeld um ein Mehrfaches erhöht werden. Sie beträgt anstatt 1 Proz. des Mietwerts des an die Schwemmanalysation angeschlossenen Grundstücks in Zukunft 4 Prozent. Es handelt sich um Deduktion eines Gesamtaufwandes von 440 000 Mark. Die Zustimmung des Bürgerausschusses wird dem- nächst beantragt.

— Straßenreinigung. Die Kosten der Straßenreinigung sind gegen- über denjenigen in Friedenszeiten auf das Zehnfache gestiegen. Die Stadt hat hierfür allgemeine Mittel nicht mehr zur Verfügung. Es wird deshalb zunächst zu Sparmaßnahmen übergegangen, und zwar dadurch, daß die regelmäßige wöchentliche Reinigung anstatt wie bis- her dreimal, nur zweimal durchgeführt wird. Die Reinigungs- arbeiten in den Vororten sollen den Anliegern übertragen, die Kosten der Straßenreinigung im Innenbezirk der Stadt von den Anliegern rückgehoben werden. Eine Gebührenordnung wird dem Bürger- ausschuss demnächst vorgelegt, die Genehmigung der zugehörigen ortspolizeilichen Vorschriften ist beim Bezirksamt beantragt.

— Fortführung angefangener Häuser in Karlsruhe. Das Grundstück Hohenpöhlstraße 39 soll zum Zwecke der Fertigstellung des dort vor dem Kriege angefangenen Hauses für die Stadtgemeinde erworben werden.

— Milchpreiserhöhung. Durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 10. Juni d. Js. wird der Erzeugerhöchstpreis für Milch mit Wirkung vom 20. Juni d. Js. an wiederum beträchtlich erhöht. Infolgedessen müssen notwendigerweise auch die Verkaufspreise für Milch und Butter vom gleichen Zeitpunkt ab entsprechend erhöht werden. Die Einzelpreise werden durch das städtische Milchamt bekannt- gegeben werden.

— Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung für die Stadträte. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß die Dienstaufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. April ds. Js. an von jährlich 2000 M. auf jährlich 3000 M. erhöht werde.

— Erhaltung der Frühjahrs-Messe. Die diesjährige Frühjahrs-Messe hat zum Teil infolge Erhöhung der Gebühren — eine Wocheneinnahme von 85 000 M. — abgenommen. Die diesjährige Frühjahrs-Messe hat zum Teil infolge Erhöhung der Gebühren — eine Wocheneinnahme von 85 000 M. — abgenommen. Die diesjährige Frühjahrs-Messe hat zum Teil infolge Erhöhung der Gebühren — eine Wocheneinnahme von 85 000 M. — abgenommen.

Eingefandt.

— Besondere Anfrage an den Kommunalverband Karlsruhe-Stadt. # Karlsruhe, 19. Juni. Es wird uns geschrieben: Im Abendblatt der „Bad. Presse“ vom Freitag, den 18. Juni ds. Js. ist zu lesen, daß es in der Stadt Mosbach am 17. Juni d. Js. Demonstrationen gekommen ist, weil dort der Fleischpreis von 6 Mk. auf 9 Mk. für das Pfund erhöht wurde. Wie kommt es denn, daß hier in Karlsruhe das Pfund Fleisch 15 Mark kostet? Um freundliche Auskunft wird gebeten.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

— Todesfälle. 17. Juni: Wilhelm, alt 14 Jahre, Vater Andreas Gra- mmler, Staben-Gastwirt; Emil Lorenz, ledig, Ingenieur, alt 44 Jahre; Anna Kallert, ledig, Privat, alt 84 Jahre; Helmut, alt 3 Monate 2 Tage, Vater Karl Hans, Tagel.; Heinrich, alt 1 Jahr, 2 Monate, Vater Peter Baumert, Weber. — 18. Juni: Christiane Bannert, alt 64 Jahre, Witwe von Christian Bannert, Zimmermeister; Gottfried Krutina, Chem., Kaufm., alt 41 Jahre, Witwe, Grethel, Chem., Kaufm., alt 27 Jahre; Luise Wallmer, alt 19 Jahre ledig, Verkäuferin. — 19. Juni: Dorothea Samm, alt 80 Jahre, Witwe von Gerion Samm, Straßenmeister a. D.; Josef Felt, Chemann, Privatmann, alt 75 Jahre; Frieda Polich, alt 52 Jahre, Witwe von Wilhelm Polich, Maurer; August Langendörfer, Chemann, Schloffer, alt 41 Jahre.

— Beerenausweis und Zeremonien erwachsener Verlobter. Sonntag, 21. Juni, 11 Uhr: Gottfried Krutina, Kaufmann, Gastwirt, 15 (Knecht- bellung). — 12 Uhr: Christiane Bannert, Zimmermanns-Witwe, Schloffer, 18. — 1/2 Uhr: Luise Wallmer, Verkäuferin, Luitenstr. 80. — 3 Uhr: Frieda Polich, Verkäuferin-Kaentz-Witwe, Gottesackerstr. 16.

Advertisement for 'Rino-Salbe' (Rhin-Salbe) with a drawing of a person's face and text describing its benefits for various ailments.

